

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (0228) 21 90 33/39  
Telex: 08 66 846 pbbn d



## Inhalt

Freimut Duve MdB, Vorsitzender des Arbeitskreises Kunst und Kultur der SPD-Bundestagsfraktion, macht Anmerkungen zu den Ansprüchen der CSU an die Auswärtige Kulturpolitik: Populistisches Gebräu. Seite 1

Karl-Heinz Mihr MdEP, Mitglied des Wirtschafts- und Währungsausschusses des Europäischen Parlaments, fordert Maßnahmen gegen die japanische Herausforderung: Europäische Abstimmung notwendig. Seite 4

Dr. Anke Martiny MdB, Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verbraucherpolitik der SPD-Bundestagsfraktion, weist auf Lücken bei der Kontrolle importierter Lebensmittel hin: Ver-seuchte Krabben. Seite 5

Herbert Schnoor MdL, Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen, würdigt eine BGH-Entscheidung: Wichtiger Beitrag zum Erhalt des Rechts auf Versammlungsfreiheit. Seite 6

39. Jahrgang / 28

8. Februar 1984

Das alte populistische Gebräu schäumt auf

Anmerkungen zu den Ansprüchen der CSU an die Auswärtige Kulturpolitik

Von Freimut Duve MdB  
Vorsitzender des Arbeitskreises Kunst und Kultur der SPD-Bundestagsfraktion

Im Märchen vom Kreidekreis zerran zwei Mütter an einem Kind - die Mutter, die ihr Kind liebt, läßt es los, um es nicht zu verletzen. Auswärtige Kulturpolitik und ihre Institutionen sind kostbare Gebilde, leicht verletzlich. Wir Sozialdemokraten werden über sie nur in einer Form diskutieren, die den Einrichtungen und den Menschen der Auswärtigen Kulturpolitik keinen Schaden zufügt, sondern sie schützt vor weiterer Beschädigung.

Ein Beispiel: Im Namen des Goethe-Instituts ist Leni Riefenstahl, die bekannteste Filmerin des Nazireichs, durch Sri Lanka gereist. Die Bewertung, ob sie mit ihrer interessanten fotografischen Arbeit die geeignete Repräsentantin der deutschen Kultur ist, müssen wir den Verantwortlichen der Institute überlassen, da wollen wir nicht dreinreden.

Tradition, Prinzipien und Institutionen der Auswärtigen Kulturpolitik der Bundesrepublik Deutschland sind ein kostbares Gut unserer (jungen) demokratischen Geschichte. Weltweit anerkannt, von vielen auch beneidet, haben die Deutschen nach der Nazibarbarei eine fast einzigartige Form der intensiven Kulturarbeit entwickelt, die nicht mit Fanfarenstöße daherkam. Alles in allem wohl eines der gelungensten Stücke unserer Außenpolitik. Voraussetzung für diese Leistung war der breite Konsens der Träger unserer Kulturarbeit - der Schriftsteller, der Musiker, der Theater- und Filmleute, der Vortragenden, der Pädagogen, der Forscher und der Bundestagsparteien. Dieser Konsens ging von einigen Prinzipien aus:

Verlag:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10/217  
5300 Bonn 2

Verlag für Ureyang  
mit wertvollen Beispielen  
Berndt-Peiser



- o Auswärtige Kulturpolitik ist kein Tagesgeschäft; Erfolge und Mißerfolge lassen sich nicht am 31. Dezember bilanzieren wie Ausgaben und Einnahmen eines Kramladens.

Daraus folgt: Auswärtige Kulturpolitik ist langfristig angelegt, sie darf nicht alle paar Jahre verändert werden.

- o Auswärtige Kulturpolitik heißt die Darstellung deutscher Kulturarbeit und die Teilhabe am nationalen kulturellen Dialog der Partnerstaaten. Sie ist keine Darstellung der jeweiligen Bundesregierung - sie spiegelt unsere demokratische und gesellschaftliche, pluralistische Verfassung wider.
- o Auswärtige Kulturpolitik gehört keiner Partei.
- o Wie sich Kultur und Wissenschaft einem ohnehin absurden mathematischen Ausgewogenheitsprinzip entziehen, ist auch die Auswärtige Kulturpolitik nicht "auswiegbar".
- o Der Deutsche Bundestag beschließt über die finanziellen Mittel, das Auswärtige Amt garantiert den organisatorischen Rahmen; die eigentliche Arbeit aber wird weitgehend autonom von den Mittlerorganisationen geleistet; Ihre Mitarbeiter müssen sich unter den vielen kulturellen Ausdrucksformen und wissenschaftlichen Arbeiten unseres Landes umsehen. Ihre Aufgabe ist es, im Ausland Bilder und Beispiele der verschiedenen sozialen und kulturellen Vorgänge und Entwicklungen zu vermitteln, von deren Existenz möglicherweise staatliche Instanzen nur eine unzulängliche Kenntnis (und Bewertungsmöglichkeit) haben können.

Bundeskanzler Kohl hatte alle diese Prinzipien im Grundsatz akzeptiert:

"Dieses Haus soll die Bundesrepublik Deutschland jedem Japaner als das vorstellen, was sie ist: als freiheitliche Demokratie, deren Dasein und Kultur auf Spruch und Widerspruch, auf dem freien Austausch des Geistes im Innern und nach außen beruht. Sie werden hier nicht nur von der deutschen Vergangenheit hören, sondern auch von unserer Gegenwart. Sie werden nicht nur hören, was die Bundesregierung denkt und will; Sie werden hier ebenso vernehmen, was unsere demokratische Opposition zu sagen hat. Sie werden in diesem Haus nicht nur einer Richtung der Literatur, einem Stil der Malerei, einer bestimmten Art von Musik begegnen. Alles, was sich in Deutschland lebendig regt, soll Ihnen hier vors Auge und vors Ohr kommen." (Aus Kohls Rede zur Eröffnung des Goethe-Instituts in Kyoto am 3. November 1983.)

Gegen diese Position sind Abgeordnete der CSU zu Felde gezogen:

- Scharf hat der Abgeordnete Graf Huyn gegen des Kanzlers Auffassung vom Goethe-Institut gewettert: "Das Institut hat die Aufgabe, Deutschland so darzustellen, wie es ist. Diesem Auftrag kommt das Institut nicht nach, so daß sein Kurs dringend einer Revision bedarf."
- Und der CSU-Abgeordnete Klaus Rose wollte der deutschen Kulturwelt wohl zeigen, was die Harke eines tapferen Gartenzwerges wirklich ist. Er hat seine Streichungen im Goethe-Etat im Bayernkurier angekündigt: "...die Förderung der internationalen kulturellen Zusammenarbeit ähnelt mehr der Förderung der internationalen subkulturellen Wühlarbeit."

Die Mischung, die die CSU sich vorstellt, ist das alte populistische Gebräu, das schon oft sehr verführerisch von illiberalen Schankwirten angeboten wurde - "Trachten tragende Menschen, Tradition deutscher Stämme" und Hochglanz-Bilder industriellen Fortschritts; Vergangenheit als kulturelle Kitsch-Idylle; Zukunft als Science-fiction-Sachzwang.



Dazwischen darf es die Realität der Menschen, der Wissenschaftler, der Künstler und Intellektuellen mit ihren Fragen, mit ihren Zweifeln, mit ihren Protesten, mit ihren Versuchen, eine abgeblockt erscheinende Zukunft mit künstlerischen Mitteln zu durchbrechen, gar nicht geben. Die angebliche heile Welt von gestern und die heile Welt von morgen!

Und was sollen eigentlich unsere Freunde in aller Welt mit der CSU-Aufforderung anstellen, weniger zur Geschichte des Nationalsozialismus zu bieten: Ist nicht eine der Leistungen unserer Auswärtigen Kulturpolitik, den deutschen Faschismus im Ausland eben nicht unter den Teppich gekehrt zu haben?

Aus der Sicht der Sozialdemokraten kann festgestellt werden:

1. Die auswärtige Kulturarbeit der Deutschen hat sich hervorragend bewährt. Sie ist getragen von den Grundsätzen der Zusammenarbeit, der Gegenseitigkeit, der demokratischen Verankerung und der Kooperation von Kultur- und Entwicklungspolitik.
2. Die CSU hat einen zentralen Angriff auf diese Institute geführt. Diese wehren sich tapfer und solidarisch mit allen Mittlerorganisationen von der Humboldt-Stiftung bis zum DED.
3. Der Bundeskanzler hat sich als unfähig erwiesen, sich eindeutig vor diese Institutionen zu stellen: Er hat die Bedeutung dieser weltumspannenden Einrichtung in Kyoto mit einer wichtigen Rede gewürdigt. Vor der Bundestagsfraktion hat er dann wenige Tage später mit einem uniformierten denunziatorischen Abklatsch des CDU-Goethe-Bildes das Institut angegriffen.
4. Der Außenminister Genscher verrät sein eigenes Haus. Wo bleibt die Bekräftigung der Enquete-Kommission "Auswärtige Kulturpolitik", wo die Hinweise auf diese Themen zur Kultur-Zusammenarbeit mit der Dritten Welt? Statt dessen knappe Bandagen, Anweisungen im Stile eines Tagesbefehls der preußischen Armee...
5. Die Auswärtige Kulturpolitik gehört nicht der CSU, sie gehört nicht dem Bundeskanzler, gehört nicht dem Außenminister und sie gehört auch nicht der Münchner Zentrale. Wir sind aufgerufen, diese einmalige Institution vor dem Zugriff der Ignoranz und der Intoleranz zu bewahren. Ihre Popularität kann nur erhalten bleiben, wenn die Künstler, die Schriftsteller, die Filmer, die Musiker, die Maler und Bildhauer in Deutschland und in aller Welt frei auftreten und so unser Land in seiner großartigen Vielfalt repräsentieren können.
6. Es wäre verhängnisvoll, wenn die nach Zehntausenden zählenden Freunde deutscher Kulturarbeit im Ausland jetzt etwa Zeugen von Anpasserei und Selbstzensur werden würden. Anpassung und Duckmäuserei gegenüber Machtansprüchen geschieht ja in den Köpfen und Herzen der einzelnen Mitarbeiter; tagtäglich müssen sie die Frage "Anpassung oder Widerstand" stellen.
7. Auswärtige Kulturpolitik darf kein Teil des von der CSU entfachten rechtspopulistischen inneren Kulturkampfes gegen die Tradition der Aufklärung werden.

Wir und - zum Glück - die Mehrheit der ernsthaften Zeitungen werden jedem einzelnen dabei helfen. Das erfordert täglich Mut!

Die Träger der Auswärtigen Kulturpolitik dürfen keine Angst vor diesem Mut haben, er ist Teil unserer demokratischen Kultur. (-/8.2.1984/ks/rs)

+ + +



Europäische Abstimmung notwendig

Wie die EG der japanischen Herausforderung begegnen sollte

Von Karl-Heinz Mihr MdEP

Mitglied des Wirtschafts- und Währungsausschusses des Europäischen Parlaments

Die Kontroversen um den Bau einer Autofabrik des japanischen Fahrzeugherstellers Nissan in Großbritannien zeigen deutlich, daß eine abgestimmte europäische Wirtschaftspolitik erforderlicher denn je ist. Nicht nur die britischen Autohersteller haben Bedenken gegen dieses "trojanische Pferd"; auch der Vorstandsvorsitzende des französischen Renault-Werkes hat sich massiv gegen Importe der anglo-japanischen Autos ausgesprochen.

Nach einer Anlaufphase soll die Produktion 100.000 Wagen im Jahr betragen. Selbst wenn dann der Anteil der japanischen Teile nur 20 Prozent betragen sollte, würde es für Nissan einem Verkauf von 20.000 Fahrzeugen gleichkommen. Auf diesem Weg könnte Nissan seinen Absatz in Großbritannien von derzeit 100.000 um 20 Prozent erhöhen.

Die europäischen Regierungen sollten aus diesem Beispiel lernen. Nicht Einzelaktionen à la Kabinett Thatcher sind erforderlich, sondern engere Abstimmung der europäischen Autohersteller. Kapazitäten sind schließlich genügend vorhanden, sie sollten vor allem kostengünstig genutzt werden. Dies läßt sich erreichen durch:

- Eine europäische Forschungspolitik seitens der Mitgliedsländer beziehungsweise der EG,
- eine europäisch koordinierte Forschungs- und Entwicklungspolitik der Autohersteller untereinander,
- einen weiteren Ausbau der Kooperation bei Herstellung von Autoteilen, um Kostenvorteile einer Großserie zu erreichen.

Die bereits in Japan praktizierte enge Zusammenarbeit zwischen den Automobilproduzenten und der Regierung bietet ein gutes Beispiel. (-/8.2.1984/ks/rs)

+ + +



### Verseuchte Krabben

Die Kontrolle importierter Lebensmittel hat noch Lücken

Von Dr. Anke Martiny MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Verbraucherpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Wie sehr die Krabben vom lukullischen Luxuslebensmittel zum normalen Bestandteil des häuslichen Speisezettels geworden sind, läßt sich unschwer an der Aufregung ablesen, die die Nachricht von der Einfuhr bakteriell verseuchter Krabben in die Bundesrepublik auslöste.

Daß dies möglich wurde, liegt nicht zuletzt daran, daß gerade Krabben aus Südostasien mittlerweile zu günstigen Preisen angeboten werden und damit zu einer erschwinglichen Delikatesse für den Verbraucher geworden sind.

Der gestiegene Marktanteil dieser Krabben droht jetzt rapide kleiner zu werden, weil unsere Lebensmitteleinfuhrkontrollen das Problem bakteriell verseuchter Krabben noch nicht im Griff haben. Jetzt ist die Einfuhr der Krabben aus Südostasien verboten worden, aber schon droht neue Gefahr. In betrügerischer Absicht wurden Krabbeneinfuhren aus Südostasien undeklariert, um den Verbraucher über die Herkunft der Krabben irrezuführen.

Die Zeche zahlt der Verbraucher. Entweder er riskiert eine möglicherweise sehr schwere Infektion, oder er muß tiefer in die Tasche greifen, weil die einheimische beziehungsweise die EG-Krabbenproduktion teurer bezahlt werden muß. Denn in der EG sind die Krabbenpreise staatlich subventioniert, das heißt notfalls werden Krabben "aus dem Markt genommen", sprich: zu Futtermehl verarbeitet, wenn bestimmte Mindestabnahmepreise nicht erreicht werden können. Fazit für den Verbraucher: Er hat, wie immer, das Nachsehen.

Bleibt zu hoffen, daß die chemischen Untersuchungsämter - die von der Tatsache, daß Bakterien in tiefgefrorenem Zustand überleben können, offensichtlich überrascht wurden - in Zukunft vielleicht schneller und flexibler reagieren.

Zu hoffen bleibt auch, daß der Lebensmittelhandel, der in aller Eile die Südostasien-Krabben aus den Tiefkühltruhen räumte, diese nicht nur irgendwo gut hortet, um sie wieder anzubieten, wenn die Aufregung vorbei ist. (-/8.2.1984/ks/rs)

+ + +



Begrüßenswerte Entscheidung

Das BGH hat einen wichtigen Beitrag zum Erhalt des Rechts auf Versammlungsfreiheit geleistet

Von Herbert Schnoor MdL

Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen

Die Entscheidung des Bundesgerichtshofes (BGH) mit der das Grohnde-Urteil des Oberlandesgerichts Celle aufgehoben worden ist, ist ein wichtiger Beitrag zum Erhalt des durch das Grundgesetz gewährleisteten Rechts der Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Pressemeldungen zufolge hat der Bundesgerichtshof entschieden, daß der einzelne Teilnehmer an einer Großdemonstration nur für solche Gewaltakte und deren Folgen haftet, die er zeitlich und räumlich überblicken kann, und zu denen er einen deutlichen eigenen Tatbeitrag geleistet hat.

Damit hat das oberste deutsche Gericht klargestellt, daß den passiv bleibenden Teilnehmern einer Großdemonstration Schadensverursachungen durch andere Teilnehmer nicht zugerechnet werden dürfen. Diesem vom Bundesgerichtshof herausgestellten Grundsatz liegt auch die gültige Fassung des § 125 StGB (Landfriedensbruch) zugrunde, daß nur derjenige Landfriedensbruch begangen hat, der selber einen eigenen Tatbeitrag durch Anwendung von Gewalt geleistet hat und nicht - wie es die CDU/FDP-Bundesregierung beabsichtigt - auch derjenige, der lediglich bei Gewalttaten Dritter zugegen war.

Ich fordere die Bundesregierung auf, den vom Bundesgerichtshof herausgestellten und für einen Rechtsstaat selbstverständlichen Rechtsgedanken, daß jemand nur für eigenes Tun verantwortlich gemacht werden kann, auch bei ihren Überlegungen zur Änderung des Demonstrationsrechts zu berücksichtigen. Das Demonstrationsrecht ist die Pressefreiheit des kleinen Mannes. Es darf weder durch Schadensersatzforderungen noch durch exzessives Tun des Gesetzgebers ausgehebelt werden.

(-/8.2.1984/ks/rs)

+ + +

